

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Wir brauchen eine Kultur der Freiwilligkeit

Neuer Dienst ist auch ein Angebot an ältere Menschen

Es sind Wochen wichtiger politischer Weichenstellungen. Für den Euro wird ein neuer Krisenmechanismus geschaffen, der unserer Währung dauerhafte Stabilität garantieren wird. Krisen wie die um Griechenland und Irland werden auf mittlere Sicht damit ausgeschlossen.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Angesichts des Reaktorunglücks von Fukushima sind wir auch dabei, unsere Energiepolitik zu überdenken. Es ist richtig, dass die Bundesregierung einen „Rat der Weisen“ eingesetzt hat, der versuchen soll, in diesem Bereich die Chancen für einen neuen gesellschaftlichen Konsens auszuloten. In der Außenpolitik treiben uns die Ereignisse im arabischen Raum, speziell in Libyen, um.

Bei all diesen großen Themen darf nicht vergessen werden, dass wir neben dem Umbau der Bundeswehr in dieser Woche eine ganz gravierende gesellschaftspolitische Entscheidung getroffen haben. Im Bundestag hat der neue Bundesfreiwilligendienst die entscheidende Hürde genommen. Der Zivildienst, der mit der Wehrpflicht nun ausläuft, hat damit einen Nachfolger.

Die Zivildienstleistenden haben in den letzten 50 Jahren in unserem Land Hervorragendes geleistet. Mit dem Begriff „Zivis“ werden wir auch in Zukunft Motivation, Einsatz und Fürsorge verbinden. Mit dem Bundesfreiwilligendienst sind nun die Voraussetzungen geschaffen, dass diese Tugenden weiter und sogar breiter unter Beweis gestellt werden können.

Etwas für andere zu tun, ist in unserer Gesellschaft leider nicht überall verbreitet. Die Egoistischen scheinen besser durch das Leben zu kommen als die, die Solidarität mit ihren Mitmenschen zeigen. Gerade wir Christdemokraten und Christsozialen sollten die, die andere unterstützen, noch mehr als bisher würdigen. Das christliche Menschenbild geht von der Freiheit des Menschen aus. Er ist aber aufgefordert, sie in Solidarität mit seinen Mitmenschen auszuüben. Die, die den neuen Freiwilligendienst aufnehmen, leben genau dieses Menschenbild.

„Ein neuer Nährboden der Freiwilligkeit“

Der Bundesfreiwilligendienst kann zu einem neuen Nährboden der Freiwilligkeit in Deutschland werden. Im Gegensatz zum Zivildienst steht er auch Frauen offen. Er bietet vor allem – auch das ist neu – Älteren die Chance zu gesellschaftlichem Engagement, für das sie auch noch abgesichert werden.

Wir sollten aber nicht nur diejenigen würdigen, die in den neuen Freiwilligendienst eintreten. Auch die vielen Menschen, die sich schon heute in Kirchen, in Sportvereinen oder anderswo für andere einsetzen, verdienen unseren höchsten Respekt.

Volker Kauder

Inhalt

Wir brauchen eine Kultur der Freiwilligkeit	1
Stabilität Europas und des Euro liegen im deutschen Interesse	2
„Wir machen den Euro zukunftsfähig“	3
„Tu was für Dein Land - Tu was für Dich“	4
„Für ein Öl-Embargo gegen Libyen“	5
Risiken neu bewerten „Deutschland sollte Signal der Solidarität setzen“	6
Beschäftigungschancen durch Zeitarbeit nutzen - Missbrauch verhindern	7
Steuererklärung - schneller und einfacher Infektionsschutzgesetz auf den Weg gebracht	8
Den Wettbewerb um Fachkräfte gewinnen	9
Situation des Klosters Mor Gabriel verschärft sich weiter	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Stabilität Europas und des Euro liegen im deutschen Interesse

Euro-Zone steht zusammen gegen spekulative Angriffe auf Mitgliedstaaten



Gerda Hasselfeldt
 Vorsitzende der CDU-Landesgruppe
 Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Die Stabilität unserer Währung ist ein hohes Gut - gerade für Deutschland als größte, im Wettbewerb erfolgreichste Volkswirtschaft Europas. Rund 41 Prozent trägt der Euro-Raum zum deutschen Export bei. Der Euro hat großen Anteil daran, dass wir die Finanz- und Wirtschaftskrise im weltweiten Vergleich gut bewältigt haben. Sein starker Binnen- wie Außenwert unterstreicht: Wir müssen nicht eine Währungskrise bewältigen, sondern die Haushaltskrisen einzelner Euro-Staaten.

Die Staats- und Regierungschefs der EU beraten beim Europäischen Rat am 24./25. März umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität. Dazu gehört erstens ein strengerer Stabilitätspakt: präzisere Kontrollen, früher einsetzende, quasi-automatische Sanktionen und die Berücksichtigung der Gesamtverschuldung im Defizitverfahren. Dazu gehört zweitens der Pakt für die Wettbewerbsfähigkeit. Ziel der besseren Koordination in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist, dass alle Euro-Staaten zu den jeweils wettbewerbsfähigsten aufschließen. Und dazu gehört drittens ein dauerhafter

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) ab 2013. So macht Europa deutlich: Wir stehen zusammen, spekulative Angriffe auf einzelne Staaten können keinen Erfolg haben.

Dieses Paket greift zentrale deutsche Anliegen auf. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung des ESM. Er wird durch Vertrag der beteiligten Staaten und nicht als EU-Einrichtung gegründet. Er darf als „ultima ratio“ nur tätig werden, wenn ein Euro-Staat über keinen Marktzugang mehr verfügt und die Stabilität der Euro-Zone insgesamt in Gefahr ist. Er wird nur auf einstimmigen Beschluss tätig, so dass Deutschland ein Vetorecht hat. Eine Unterstützung aus dem ESM wird an strenge Sanierungsaufgaben gebunden. Die Hilfen werden als Kredite gegeben; sie müssen zurückgezahlt und verzinst werden. Nur in Ausnahmefällen können dazu Anleihen des betroffenen Staates direkt („auf dem Primärmarkt“) erworben werden. Wenn ein Euro-Staat über seine Verhältnisse lebt, werden dafür künftig nicht mehr allein die Steuerzahler aufkommen; vielmehr werden die privaten Gläubiger bei dauerhafter Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Staates an der Sanierung beteiligt. Deutschland wird zum ESM entsprechend seinem Anteil an der Wirtschaftskraft der Euro-Zone so beitragen, dass er Rating-Bestnoten bekommt. Der Einlage dort wird damit ein verzinster Eigentumsanteil gegenüberstehen, der seinen Wert behalten wird.

Die Größenordnung des ESM mit seinem effektiven Volumen von 500 Milliarden Euro macht eine angemessene Einbindung des Bundestags erforderlich: Das gilt selbstverständlich für die Gründung des ESM, die auf gesetzlicher Grundlage erfolgt. Eine möglichst enge parlamentarische Beteiligung muss nach meiner Überzeugung aber auch vor jeder künftigen Aktivierung des ESM zwingend erfolgen.

„Wir machen den Euro zukunftsfähig“

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Gipfel - Deutschland profitiert von der gemeinsamen Währung



Bundeskanzlerin Angela Merkel

Die Stabilität des Euro hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerste Priorität. Merkel stellte dem Bundestag am Donnerstag das Gesamtpaket zur Sicherung der Währungsunion vor, das der Europäische Rat in Brüssel beschließen sollte. Mit den bevorstehenden Beschlüssen des Gipfels würden der Euro und Europa zukunftsfähig gemacht, sagte die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag.

Europäische Zentralbank - Garant für Stabilität

„Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union“, betonte sie. Die gemeinsame Währung sorgte für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Deutschland. Sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen seien die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbar. Die Bürger in Deutschland profitierten von Preisstabilität und sparten Umtauschgebühren bei Reisen in das europäische Ausland. Die Kanzlerin wies darauf hin, dass sich die deutschen Exporte in die Euro-Zone in der Zeit von 1999 bis 2009 um 48 Prozent erhöht haben. Für Merkel ist dies ein Beweis, wie wichtig der Euro für die deutsche Wirtschaft ist. Die unabhängige Europäische

Zentralbank sei ein weiterer Garant für die Stabilität. Rückblickend lasse sich feststellen, dass Deutschland deutlich stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden wäre, wenn man nicht die Gemeinschaftswährung gehabt hätte, zeigte sich Merkel sicher.

Euro ist Ausdruck der Verflechtung in der EU

Der Euro hat aber auch eine politische Dimension: Er ist laut Merkel Ausdruck der engen Verbundenheit und Verflechtung in der EU. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion bilden eine Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder Einzelne zu Eigenverantwortung und Solidarität verpflichtet sei, sagte die Bundeskanzlerin.

Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen stellen die Euro-Länder sicher, dass die gemeinsame Währung stark bleibe – und ziehen damit die Lehren aus der Schuldenkrise. Die Europäische Union baue sich jetzt ein Rahmenwerk, damit sich das, was in der Vergangenheit passiert sei, nicht wiederholen könne. Die Beschlüsse seien allerdings nur dann wirksam, wenn die Mitgliedstaaten auch bereit seien, sie in der Zukunft tatsächlich einzuhalten, hob die Kanzlerin hervor.

Exorbitante Schuldenstände gefährlich

Konkret werde es verschärfte Sanktionen geben, wenn die Maastricht-Kriterien von einem Euro-Mitgliedstaat nicht eingehalten werden. Bei einer Überschreitung des Drei-Prozent-Limits für die jährliche Neuverschuldung würden diese Staaten früher und schneller bestraft. Auch die Überschreitung der Gesamtverschuldungsgrenze, die bei 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, werde in Zukunft zu Sanktionen führen können, betonte Merkel. Davon wer-

de auch Deutschland betroffen sein. Von exorbitanten Schuldenständen einiger Mitgliedsländer gingen große Gefahren für die Stabilität des Euro insgesamt aus, wie die Vergangenheit gezeigt habe, warnte die Kanzlerin. Deshalb sei es notwendig, alle Mitgliedsstaaten zu stärkeren Anstrengungen zu verpflichten.

Gemeinsame europäische Anleihen lehnte Merkel für die Bundesregierung erneut ab. Es werde mit der christlich-liberalen Koalition keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa geben. Wer solche Forderungen erhebe, handele nicht im Interesse der deutschen Steuerzahler. „Es wird also weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben“, sagte sie.

„Tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall“

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der ab 2013 den bestehenden Rettungsschirm (EFSF) ablösen soll, wird sich laut Merkel aus einem Kapitalstock und Garantien der Mitgliedsländer zusammensetzen. Die Euro-Länder zahlen 80 Milliarden Euro ein, Deutschland muss davon knapp 22 Milliarden Euro beisteuern. Zu den Kapitalleistungen kommen Garantien über insgesamt 620 Milliarden Euro. Der Fonds kann damit voraussichtlich 500 Milliarden Euro verleihen und erhält das begehrte beste Rating AAA. Damit werde für den Euro ein tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall geknüpft, sagte Merkel. Der Aufbau des Kapitalstocks solle über fünf Jahre verteilt werden, dafür wolle sie sich beim Gipfel einsetzen.

„Tu was für Dein Land - Tu was für Dich“

Bundestag beschließt Aussetzung der Wehrpflicht und Einführung eines Freiwilligendienstes - Ehrenamtliches Engagement in Deutschland wiederbeleben

Die Bereitschaft zum freiwilligen Dienst für unsere Gesellschaft in den Streitkräften wie auch in sozialen und ökologischen Bereichen muss honoriert werden. Es sind viele Anreize denkbar: eine gute Bezahlung von mindestens 550 Euro - so wie sie der künftige Bundesfreiwilligendienst ab dem 1. Juli 2011 vorsieht - oder ein bezahlter Führerschein, „credit points“ fürs Studium danach, Verkürzung von Lehrzeiten oder auch Gutschriften für die Rente.

Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion ist - neben materiellen Anreizen - allerdings viel wichtiger, dass der ehrenamtliche Dienst für unsere Gesellschaft eine höhere Wertschätzung erhält. Folglich müssen wir die in Deutschland bewährte Kultur ehrenamtlichen Engagements wiederbeleben und zu einer Kultur der „Freude an der Pflicht“ weiterentwickeln. Es

gilt, junge Menschen zu überzeugen, etwas für unser Land, für unsere Gesellschaft zu tun. Die zeitliche Dauer soll mindestens sechs und maximal 23 Monate betragen.

Nach dem Motto „Tu was für Dein Land – Tu was für Dich“ wollen wir junge Menschen für einen freiwilligen Gesellschaftsdienst begeistern. Wir gehen von einer begrenzten, dafür aber motivierten Anzahl von Bewerberinnen und Bewerbern aus. Der Freiwilligendienst steht Frauen und Männern gleichermaßen offen - ein guter Beitrag zur Gleichberechtigung.

Bisher konnte die Bundeswehr auf rund 30.000 männliche Wehrdienstleistende zurückgreifen, die sozialen und ökologischen Dienste konnten sich auf etwa 60.000 bis 80.000 männliche Freiwillige stützen. Es würde helfen, wenn die Bundeswehr rund 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende

pro Jahr werben und die sozialen und ökologischen Dienste in Deutschland rund 40.000 junge Frauen und Männer für ein freiwilliges Engagement überzeugen könnten.

„Freiwilligendienst ist ehrenvoll und notwendig“

Wenn sich also 60.000 junge Frauen und Männer einbringen würden, wären das bei rund 750.000 Menschen eines Geburtsjahrganges gerade mal acht Prozent.

Ein Freiwilligendienst ist ehrenvoll und notwendig zugleich für unsere Gesellschaft. Das gibt es nicht kostenlos, aber das sollten uns die junge Generation und unsere Gesellschaft wert sein.

Freiwilliger Wehrdienst

- Die Allgemeine Wehrpflicht wird ausgesetzt und die Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee umgebaut. Für den Spannungs- und Verteidigungsfall bleibt die Möglichkeit zur Einberufung Wehrpflichtiger jedoch im Grundgesetz erhalten.
- Bisher war der freiwillige Wehrdienst eine Verlängerung des Grundwehrdienstes. Jetzt muss er eigenständig bestehen und attraktiv gemacht werden.
- Der Freiwillige Wehrdienst soll bis zu 23 Monate dauern; die ersten sechs Monate gelten als Probezeit.
- Der Freiwillige Wehrdienst steht Männern und Frauen gleichermaßen offen.
- Bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistende sollen jährlich angeworben werden. Erforderlich sind hierfür Anreize – beispielsweise Prämien für die Verpflichtung.
- Zur Überbrückung personeller Engpässe werden 2011 an Mannschaftssoldaten Verpflichtungsprämien gezahlt. Dafür sind einmalig Ausgaben in Höhe von maximal 65 Millionen Euro vorgesehen.
- Die Umstellung auf eine Freiwilligenarmee kostet 2011 bis 319 Millionen Euro. Diese Kosten werden durch den Wegfall der Einberufungskosten für die bislang 30.000 Wehrpflichtigen pro Jahr kompensiert.
- Künftige Freiwillige können auch im Ausland eingesetzt werden, wenn sie mindestens zwölf Monate dienen.

Bundesfreiwilligendienst

- Der neue Bundesfreiwilligendienst löst den Zivildienst ab. Anders als dieser ist er aber kein Pflichtdienst, sondern - neben den Jugendfreiwilligendiensten der Länder - die zweite Säule der Freiwilligenstruktur in Deutschland.
- Anders als der Zivildienst wird er nicht nur jungen Männern, sondern Männern und Frauen aller Generationen offen stehen.
- Während der Zivildienst zuletzt nur noch sechs Monate dauerte und freiwillig verlängert werden konnte, beträgt die Dauer des neuen Bundesfreiwilligendienstes in der Regel ein Jahr - mindestens sechs, höchstens 24 Monate.
- Grundsätzlich ist der Dienst in Vollzeit zu leisten. Für Freiwillige, die älter als 27 Jahre alt sind, ist auch Teilzeit von mehr als 20 Stunden möglich.
- Der Dienst kann im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch in weiteren Bereichen wie Sport, Integration und Kultur geleistet werden.
- Die Freiwilligen im Bundesfreiwilligendienst und in den Jugendfreiwilligendiensten erhalten ein Taschengeld, dessen Höhe sie mit den Einsatzstellen frei vereinbaren. Zivildienstleistende bekamen Sold, Weihnachtsgeld, Entlassungsgeld und Reisekosten.

„Für ein Öl-Embargo gegen Libyen“

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff über das Verhalten Deutschlands im Weltsicherheitsrat und die Solidarität mit den Bündnispartnern

Herr Schockenhoff, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union spielen sich dramatische Ereignisse ab. Was tut Deutschland, was tut die internationale Gemeinschaft angesichts der Umwälzungen in der arabischen Welt?

Schockenhoff: Die mutigen Menschen, die sich gegen jahrzehntelange Unterdrückung erheben und die universell geltenden Menschenrechte einfordern, verdienen unsere volle Unterstützung. Wir fordern alle Regierungen in der Region auf, echte demokratische Reformen auf den Weg zu bringen und in einen Dialog mit den Menschen einzutreten.

Besonders dramatisch ist die Situation in Libyen. Diktator Muammar al Gaddafi hat dem libyschen Volk den Krieg erklärt und sich schlimmer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Die UN, die EU und die USA haben Sanktionsbeschlüsse gefasst. Die libysche Führung muss abtreten und für ihr Handeln vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden.

„Deutschland ist in diesem Konflikt nicht neutral“

Warum beteiligt Deutschland sich nicht militärisch an der Flugverbotszone?

Schockenhoff: Am 17. März 2011 hat der UN-Sicherheitsrat durch die Resolution 1973 umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die CDU/CSU-Fraktion teilt die Einschätzungen und Abwägungen der Bundesregierung, die zu ihrer Enthaltung im Weltsicherheitsrat geführt haben.



Andreas Schockenhoff
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Denn wir haben Zweifel, ob Luftangriffe allein ausreichen, um den blutigen Terrorkrieg gegen das libysche Volk zu beenden. Deutschland ist aber in diesem Konflikt nicht neutral. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt die Ziele der Resolution und das Bestreben der Bundesregierung vorbehaltlos, unterhalb einer direkten militärischen Beteiligung alles dafür zu tun, dass die Resolution erfolgreich durchgesetzt wird.

Sie sprechen davon, dass Deutschland unterhalb militärischer Beteiligung seinen Beitrag leisten wird. Was bedeutet das konkret?

Schockenhoff: Die Durchsetzung der UN-Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung sollte schnellstmöglich durch ein international abgestimmtes Einfuhr-Embargo von libyschem Öl ergänzt werden. Dies würde Gaddafi seiner Haupteinnahme-Quelle berauben und die Glaubwürdigkeit des Westens im arabischen Raum beträchtlich erhöhen. Hierfür setzt sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein. Wir als CDU/CSU unterstützen dies ausdrücklich.

Darüber hinaus zeigt Deutschland seine Solidarität mit seinen Bündnispartnern, die die UN-Resolution durchsetzen. Die Bundesregierung hat in der NATO das Angebot unterbreitet, deutsche Soldaten in den Awacs-Flugzeugen einzusetzen, die den Luftraum über Afghanistan kontrollieren, um andere Länder, die sich an dem Einsatz gegen das Gaddafi-Regime beteiligen, zu entlasten.

Welche Rolle sollten nach Ihrer Überzeugung die arabischen und nordafrikanischen Staaten spielen?

Schockenhoff: Ich sehe die unmittelbaren Nachbarstaaten Libyens sowie die Arabische Liga in der Pflicht. Sie müssen sich entschlossen für ein Ende der Gewalt Gaddafis gegen das libysche Volk einsetzen. Dass die Arabische Liga die Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen gefordert hat, ist ein wichtiges Signal. Ägypten, Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben die notwendigen militärischen Fähigkeiten, um zu ihrer Durchsetzung beizutragen.



Quelle: Wikipedia

Risiken neu bewerten

Bundestag debattiert Lehren aus dem Reaktorunglück in Japan – Ethikkommission befasst sich mit gesellschaftlicher Akzeptanz der Kerntechnik

Welche Konsequenzen aus dem Reaktorunglück in Japan für Deutschland zu ziehen sind, hat der Bundestag gleich zweifach in dieser Woche debattiert. Es gebe einen Konsens im Bundestag, aus der Kernenergie auszusteigen, betonte Georg Nüßlein, Energiekoordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Um einen gesellschaftlichen Konsens zu erzielen, müsse man sich damit befassen, wie man mit den Risiken der Kernenergie umgehen wolle, sagte Nüßlein. Die Bundesregierung

hat deshalb neben der Reaktorsicherheitskommission eine Ethikkommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundesumweltministers Klaus Töpfer und des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Matthias Kleiner, eingesetzt. Diese Ethikkommission habe die Aufgabe, Risiken zu bewerten und einzuordnen, erläuterte die Parlamentarische Staatssekretärin, Ursula Heinen-Esser, in einer Aktuellen Stunde am Mittwoch im Bundestag. Bei der Sicherheitsüberprüfung der Kern-

kraftwerke stelle man sich gezielt den neuen Fragen, die aus der Katastrophe in Japan folgten.

„Japan ist eine Zäsur, und es ist richtig, innezuhalten“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer, am Donnerstag. Das Moratorium bedeute: nachdenken, prüfen und maximale Sicherheit erreichen. Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien sei das Ziel des 2010 beschlossenen Energieprogramms der Bundesregierung, betonte Pfeiffer.

Die Fraktion im Gespräch

„Deutschland sollte Signal der Solidarität setzen“

Der stellvertretende Vorsitzende der deutsch-japanischen Parlamentariergruppe, Thomas Silberhorn, zu den Folgen der Katastrophe im Nordosten Japans



Thomas Silberhorn, stellv. Vorsitzender der deutsch-japanischen Parlamentariergruppe

Nach dem Erdbeben, dem Tsunami und dem atomaren Störfall im Nordosten Japans sind Hunderttausende Menschen obdachlos. Was können wir unmittelbar tun, um zu helfen?

Silberhorn: Am dringendsten ist jetzt elementare Hilfe zum Überleben. Die Versorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln, mit Notunterkünften und Strom ist noch bei weitem nicht ausreichend. Viele Orte sind schwer erreichbar, medizinische Hilfe ist nicht sichergestellt. Aufgrund der schlechten

Versorgungslage im Katastrophengebiet und der anhaltenden Kälte ist zu befürchten, dass weitere, vor allem ältere Menschen sterben werden. Deutschland leistet Katastrophenhilfe auf Anfrage Japans und im internationalen Rahmen.

Der Wiederaufbau in dem Katastrophengebiet stellt eine immense logistische Aufgabe dar. Wie können wir Japan dabei unterstützen, die Folgen schnell zu überwinden?

Silberhorn: Der Tsunami hat ja ganze Städte fortgeschwemmt. Der Wiederaufbau wird viele, viele Monate dauern. Wir Deutsche sollten ein wahrnehmbares Signal der Solidarität setzen, zumal wir in diesem Jahr das 150-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Japan begehen. Besondere Aufmerksamkeit erfordern Zigtausende Kinder, die ihre Eltern und Verwandten verloren haben. Viele Menschen haben alles verloren und müssen aus dem Nichts von vorne anfangen. Bei der Errichtung von Unterkünften, die für lange Zeit gebraucht werden, könnte Deutschland wertvolle Unterstützung leisten.

Welche Folgen wird die Katastrophe Ihrer Ansicht nach für die Weltwirtschaft haben? Wir haben bereits jetzt die Börsen im Abwärtstrend gesehen.

Silberhorn: Die Börsen haben natürlich sofort reagiert. Zwischenzeitlich erholen sich die Kurse jedoch schon wieder vom anfänglichen Schock. Fakt ist: Erdbeben und Tsunami haben vorwiegend den Nordosten Japans getroffen, nicht die industriellen Kerne. Japan bleibt ein starkes Land. Angesichts der Mentalität der Japaner, die die Folgen dieser Katastrophe mit bemerkenswerter Besonnenheit, Disziplin und Würde bewältigen, bin ich zuversichtlich, dass jedenfalls der wirtschaftliche Verlust keine langfristigen Auswirkungen haben wird.

Bei Opel fallen Arbeitsschichten aus, weil elektronische Bauteile aus Japan fehlen. Welche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft fürchten Sie?

Silberhorn: Bei Lieferengpässen kann es zu Preissteigerungen kommen. Das wird aber die Ausnahme bleiben, weil gegenseitige Abhängigkeiten eher gering sind. Konkrete Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind daher nur punktuell zu erwarten.

Beschäftigungschancen durch Zeitarbeit nutzen - Missbrauch verhindern

„Drehtüreffekt“ wird eingedämmt – Ehemalige Beschäftigte dürfen bei Neueinstellung als Zeitarbeitskräfte nicht schlechter gestellt werden

Die Zeitarbeitsbranche wird künftig besser gegen Missbrauch geschützt. Der Bundestag verabschiedete in dieser Woche auf Initiative der christlich-liberalen Koalition Änderungen am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Mit einer neuen „Drehtürklausel“ wird künftig verhindert, dass Betriebe Arbeitnehmer entlassen und anschließend als Zeitarbeitskräfte zu schlechteren Bedingungen wieder einstellen. Zwar können ehemalige Arbeitnehmer von ihrem Betrieb grundsätzlich später als Zeitarbeiter wieder eingestellt werden, aber sie müssen dann der Stammebelegschaft gleichgestellt werden.

Vehikel zu dauerhafter Beschäftigung

Mit der Neuregelung soll nicht nur der Missbrauch bekämpft, sondern auch gewährleistet werden, dass die Zeitarbeit als flexibles arbeitsmarktpolitisches Instrument gestärkt und die positiven Beschäftigungseffekte erhalten werden. Die Zeitarbeit ist von erheblicher Bedeutung für die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt. Zwischen 2003 und 2008 war mehr als jedes neunte neu entstandene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis ein Zeitarbeitsverhältnis. Zeitarbeit ist für viele Arbeitslose ein Vehikel zu einer dauerhaften Beschäftigung. Für Unternehmen ist sie ein Instrument, flexibel auf Nachfragespitzen oder Auftragsflauten zu reagieren.

Lohnuntergrenze eingeführt

Mit der Änderung am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wird auch die EU-Leiharbeitsrichtlinie umgesetzt.

Insbesondere geht es auch darum zu verhindern, dass es durch die Öffnung des EU-Binnenmarktes für Arbeitnehmer aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten ab 1. Mai zu Verwerfungen in der Zeitarbeit kommt. Daher wird eine Lohnuntergrenze für Verleihzeiten und verleihfreie Zeiten im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eingeführt. Das Bundesministerium kann eine absolute Lohnuntergrenze für Verleihzeiten und verleihfreie Zeiten festsetzen, wenn die zuständigen Tarifvertragsparteien einen Mindestlohn für die Zeitarbeit beantragen. Unterschreitet ein Tarifvertrag diesen festgesetzten Mindestlohn, hat der Zeitarbeitnehmer Anspruch auf die Zahlung von „Equal Pay“, also den gleichen Lohn wie für die Stammebelegschaft - mindestens aber auf den Mindestlohn.

Änderung der Kontrollregeln für den Zoll folgen zeitnah

Damit die Zollbehörden im Bereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes die Einhaltung der Regeln genauso effektiv kontrollieren können wie im Bereich des Arbeitnehmer-Entsendungsgesetzes sollen hier die gleichen Kontroll- und Sanktionsmechanismen gelten. Die geplanten Gesetzesänderungen zum Kontrollmechanismus bedürfen aber noch eines sorgfältigen Abgleichs mit den Vorschriften, die bereits jetzt im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz festgeschrieben sind. Die CDU/CSU-Fraktion wird diese Regelungen zeitnah in einer eigenen Initiative auf den Weg bringen. Die getrennte Einbringung der Kontrollregelungen wirkt sich aber nicht verzögernd auf die Umsetzung der Änderungen am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aus.



Zeitarbeit Global © Bilderbaron

Steuererklärung - schneller und einfacher

Entlastung für Arbeitnehmer und Familien - Weniger Bürokratie für Unternehmen

Steuererklärungen werden künftig einfacher und schneller zu erledigen sein. Der Bundestag debattierte am Freitag in erster Lesung das Steuervereinfachungsgesetz der christlich-liberalen Koalition. Für die Arbeitnehmer verringert sich in erster Linie der Papierwust. Damit ist vor allem denjenigen geholfen, die ihre Steuererklärung noch selbst ausfüllen. Der Bürokratieaufwand für Unternehmen wird pro Jahr um vier Milliarden Euro reduziert. Das steuerliche Entlastungsvolumen von jährlich 590 Millionen Euro kommt zielgenau Arbeitnehmern und Familien mit Kindern zugute.

Mit der Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschetrags von 920 auf 1.000 Euro werden Belegsammlungen der Arbeitnehmer in noch größerem Um-

fang überflüssig. Dies befreit weitere 550.000 Arbeitnehmer davon, Werbungskosten einzeln nachzuweisen. Insgesamt wird dann für 21,6 Millionen Arbeitnehmer kein Einzelnachweis mehr erforderlich sein. Dies führt zu einer Entlastung von 330 Millionen Euro.

Kinderbetreuungskosten leichter absetzen

Die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten wird deutlich vereinfacht: Auf die persönlichen Anspruchsvoraussetzungen bei den Eltern (Erwerbstätigkeit, Krankheit oder Behinderung) kommt es künftig nicht mehr an. Damit entfällt eine Seite des Steuerformulars. Auch werden mehr Familien mit Kindern von diesem Steuervorteil profitieren. Die da-

mit verbundene Entlastung beträgt 60 Millionen Euro.

Bei der Beantragung von Kindergeld und Freibeträgen entfällt auch bei volljährigen Kindern die Einkünfte- und Bezügegenze. Die bislang erforderlichen aufwändigen Ermittlungen und Erklärungen werden nicht mehr nötig sein. Dies entlastet Familien mit Kindern um 200 Millionen Euro.

Daneben enthält der Gesetzentwurf eine Reihe weiterer Vereinfachungsmaßnahmen wie die Ausweitung der Abgeltungsteuer beim Spendenabzug und außergewöhnlichen Belastungen, die Einschränkung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte oder die Reduzierung der Anforderungen an elektronische Rechnungen.

Infektionsschutzgesetz auf den Weg gebracht

Mehr Sicherheit für Patienten in Krankenhäusern

Jährlich infizieren sich zwischen 400.000 und 600.000 Patienten in deutschen Krankenhäusern. Bis zu 15.000 Menschen sterben in Deutschland an den Folgen einer im Krankenhaus erworbenen Infektion. Durch eine bessere Einhaltung von bekannten Hygieneregeln wären 20 bis 30 Prozent solcher Infektionen und Todesfälle vermeidbar. Hinzu kommt, dass viele davon durch Erreger verursacht werden, die gegen die meisten Antibiotika resistent sind. Solche Infektionen sind immer schwieriger zu therapieren. Sie führen zu längeren und kostenintensiven Behandlungen.

Mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes, das der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung debattierte, werden maßgebliche Regelungen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern auf den Weg ge-

bracht. Bessere Krankenhaushygiene vermindert Leid und kann im Einzelfall lebensrettend sein.



© Volker Witt

Länder in der Pflicht

Die Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention beim Robert-Koch-Institut erhalten für die Krankenhäuser und weitere medizinische Einrichtungen eine größere Verbindlichkeit. Hierzu gehören unter anderem die Empfehlungen zur Desinfektion und Sterilisation sowie zum Hygienemanagement in Krankenhäusern. Die Länder müssen ihrerseits dafür sorgen, dass alle relevanten Einrichtungen des Gesundheitswesens Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen ergreifen. Bisher ist das nur in sieben Bundesländern der Fall. Zudem wird der Gemeinsame Bundesausschuss verpflichtet, Richtlinien zur Qualitätssicherung für den Bereich Hygiene zu beschließen.

Den Wettbewerb um Fachkräfte gewinnen

Arbeitnehmergruppe veranstaltete Fachgespräch zur Arbeitskräftewanderung - Berufsanfänger nicht mit Praktika abspeisen

Um dem Fachkräftemangel der Zukunft begegnen zu können, muss jetzt gehandelt werden. Darin waren sich die Experten bei der Fachtagung „Attraktive Arbeit für Fachkräfte – Wanderungsbilanz positiv gestalten“, die die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion Anfang vergangener Woche im Reichstag veranstaltet hat, einig.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, wies auf den Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit gut qualifizierter Fachkräfte und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hin. Daher verfolge die Regierungskoalition einvernehmlich das Ziel, auch in Zukunft jede Fachkraftstelle besetzen zu können.

Die Teilnehmer der Tagung diskutierten vor diesem Hintergrund über die vergleichsweise hohe Zahl junger Menschen, die gegenwärtig nach Abschluss von Studium oder Ausbildung zur Aufnahme einer Arbeit aus Deutschland abwandern. Arbeitsmigration gewinnt, das wurde deutlich, in einer sich globalisierenden Welt an Bedeutung. Nur mit attraktiven Arbeitsplätzen kann erreicht werden, dass Deutschland im Rahmen des internationalen Wettbewerbs um die besten Spezialisten nicht mehr Fachkräfte verliert, als es gewinnen kann.

Ausländische Studierende mit deutschem Abschluss halten

Als mögliche Ursache für die hohe Abwanderungsrate wurde genannt, dass in einer wachsenden Zahl von Fällen am Berufsstart Praktika oder eine befristete Arbeit, teilweise auch noch schlecht entlohnt, stehen. Hoffnungsvoll stimmt, dass nach den Erkenntnissen der Experten die meisten dieser jungen Menschen vorhaben, später nach Deutschland zurückzukehren. Mit attraktiven Angeboten könnten diese also zurückgelockt werden.

Einigkeit bestand darin, das Augenmerk verstärkt auch auf ausländische Studierende zu richten, die in Deutschland einen Abschluss geschafft haben. Diesen sollte der Übergang in den deutschen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Ein geeignetes Instrument könnte die Ausweitung von Werkvertragsverhältnissen sein. Diese können dabei helfen, zugleich die materiellen Grundlagen des Studiums sicherzustellen und einen Übergang in den Beruf zu ebnen. Angesprochen wurden auch begleitende zuwanderungsrechtliche Maßnahmen für Menschen, die ihre Leistungs- und Integrationsbereitschaft bereits unter Beweis gestellt haben.

Die Referenten betonten einvernehmlich, dass ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich sei, um langfristig erfolgreich dem Fachkräftemangel zu begegnen. Genannt wurden etwa der Ausbau der beruflichen Weiterbildung und die Schaffung von Arbeitsbedingungen, die besser auf ältere Arbeitnehmer ausgerichtet sind. Positiv bewertet wurden die Aktivitäten der Bundesregierung zum Ausbau der Kinderbetreuung, die es Frauen und Männern in der Familienphase erlauben, in gewünschtem Umfang berufstätig zu sein, sowie das geplante Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Weniger Erwerbspersonen - schrumpfende Volkswirtschaft

Was den Aspekt der Zuwanderung angeht, so betonte Professor Dr. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seinem Grundsatzreferat, dass die gegenwärtig festzustellenden Fachkräftelücken - da auch konjunkturell bedingt - überwiegend kurzfristiger Natur sein könnten und bei Rückschlüssen daher Zurückhaltung geboten sei. Langfristig sei es aber definitiv unverzichtbar, über gesteuerte Zuwanderung mehr Erwerbskräfte zu gewinnen.

Nach dem vorgestellten Szenario würde bei gleichbleibender Erwerbsbeteiligung und ohne Ausschöpfung zusätzlicher Potenziale bis 2050 die Zahl der Erwerbspersonen von knapp 45 Millionen auf 27 Millionen sinken - mit dem Ergebnis einer schrumpfenden Volkswirtschaft. Selbst bei einer gesteuerten Zuwanderung von jährlich 200.000 Personen (einer Zuwanderungsrate, wie sie jahrzehntelang in Deutschland zu verzeichnen war) würde die Erwerbstätigenzahl noch sinken, allerdings auf lediglich 36 Millionen Personen.

Die Beiträge zur Tagung finden Sie unter: <http://veranstaltungen.cducusu.de/>



Teilnehmer des Fachgesprächs auf dem Podium

Situation des Klosters Mor Gabriel verschärft sich weiter

Jüngste Urteile geben Anlass zur Sorge



Kloster Mor Gabriel

Nach den jüngsten Urteilen, die gegen das Kloster Mor Gabriel ergangen sind, hat sich die Situation für das Kloster im Südosten der Türkei und seine Bewohner verschärft. Dies erfüllt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Sorge: Bereits seit dem Prozessauftritt im Jahr 2008 verfolgt die Fraktion - auch gemeinsam mit ihren europäischen Partnern - aufmerksam den Verlauf der gerichtlichen Auseinandersetzungen, deren Verhandlungen ein ums andere Mal verschoben werden. Mitglieder der Fraktion haben im vergangenen Jahr Solidaritätsbesuche bei den Bewohnern des Klosters und anderen syrisch-orthodoxen Christen im südostanatolischen Landesteil Tur Abdin unternommen. Der Dank für diese Besuche gibt Rückhalt für die weitere Unterstützungsarbeit.

Hoffnung auf die letzte Instanz

Zwei niederschmetternde Urteile musste das syrisch-orthodoxe Kloster in den letzten Wochen hinnehmen: Am 26. Januar hatte das Kassationsgericht in Ankara entschieden, dass circa 24 Hektar des Klosterlandes an die türkische Staatskasse fallen. Urkunden, mit denen das Kloster belegen wollte, dass die Ländereien im

rechtmäßigen Besitz von Mor Gabriel sind, wurden nicht anerkannt. Am 26. Februar wurde in einem weiteren Urteil entschieden, dass der Berufung, die das Kloster gegen einen früheren Entscheid des Gerichts in Midyat eingelegt hat, nicht stattgegeben wird. Damit würden weitere 27 Hektar Land an das staatliche Forstamt übergehen. Für das Kloster ist der Verlust einer solch großen Fläche vor allem deswegen verheerend, weil die Klosterbewohner von eigenem Anbau leben, also für ihre Existenz auf den Flächenertrag angewiesen sind. Gegen beide Entscheidungen hat das Kloster noch einmal Rechtsmittel eingelegt. Die schlimmsten Befürchtungen scheinen sich nun aber zu verdichten: Wenn die Berufungen vor der letzten Instanz keinen Erfolg haben, steht das Kloster kurz vor dem Aus.

Notfalls Klage vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte

Diese Einschätzung wurde Mitgliedern der Fraktion von allen Gesprächspartnern vor Ort vermittelt. Besonders bedrückend ist die Nachricht, dass angesichts der dramatischen Lage bei Bischof Mor Theodos Samuel Aktas, der wiederholt auch Drohungen gegen seine Person

ausgesetzt war, die Hoffnung und die Kräfte schwinden. Mit Blick auf den nächsten Prozesstag - voraussichtlich am 4. Mai - hat der Stiftungsvorsteher Kyriakos Ergün, gegen den die Anklage wegen ‚Aneignung fremden Bodens‘ gerichtet ist, angekündigt, dass Mor Gabriel entschlossen ist, nach Ende des gesamten Prozesses vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen.

Die Fraktion wird das Kloster und seine Bewohner weiterhin unterstützen. Es ist wichtig, immer wieder daran zu erinnern, dass Mor Gabriel, welches als eines der ältesten Klöster der Welt 397 n.C. gegründet wurde, das Zentrum des geistigen Lebens der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei und der gesamten Region bleibt. Hatten zur Blütezeit des Klosters einmal bis zu 2.000 Mönche und Nonnen in Mor Gabriel gelebt, sind es heute nur noch 17 dauerhafte Bewohner. Seit 2008 Katastererhebungen im Tur Abdin durchgeführt wurden, sieht sich das Kloster zahlreichen Klagen ausgesetzt. An seinem Schicksal wird sich zeigen, ob es der laizistischen Republik Türkei ernst ist mit der Achtung ihrer religiösen Minderheiten und der uneingeschränkten Gewährleistung der Religionsfreiheit.



Kloster Mor Gabriel

Verdienstunterschiede von Frauen und Männern unverändert hoch

Wiesbaden – Die Lohnungleichheit war zwischen Männern und Frauen 2010 unverändert hoch. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) zum „Equal Pay Day“ am 25. März mitteilte, lag der Bruttostundenverdienst von Arbeitnehmerinnen durchschnittlich 23 Prozent niedriger als jener der Arbeitnehmer.

Vor allem die unterschiedliche Berufs- und Branchenwahl sind Untersuchungen zufolge die Ursache für den sogenannten Gender Pay Gap, wie Destatis schreibt. Außerdem gehen weibliche Arbeitnehmer eher Tätigkeiten nach, die mit tendenziell geringeren Verdienstmöglichkeiten verbunden sind. Schließlich trägt auch der höhere Anteil von Frauen in geringfügiger Beschäftigung zur Lohnungleichheit bei.

Rund zwei Drittel des Unterschieds in den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten lassen sich so oder durch Faktoren wie Dienstalter und Beschäftigungsumfang erklären.

Das verbleibende Drittel des Verdienstunterschieds ist darauf zurückzuführen, dass Arbeitnehmerinnen auch in vergleichbaren Tätigkeiten und bei äquivalenten Qualifikationen weniger verdienen. Laut Destatis verdienen gleichrangig beschäftigte Frauen im Jahr 2006 acht Prozent weniger als Männer.



Sperrmüll vor dem Weißen Haus

Zeichnung: Sakurai

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Der CSU-Abgeordnete **Eduard Oswald** ist am Mittwoch zum neuen Vizepräsidenten des Bundestages gewählt worden. Der 64-jährige Betriebswirt aus dem Wahlkreis Augsburg-Land folgt **Gerda Hasselfeldt** nach, die in der Woche zuvor zur neuen CSU-Landesgruppenchefin gewählt worden war und deshalb ihr Amt aufgegeben hatte. Im letzten Kabinett von Kanzler Helmut Kohl war Oswald 1998 neun Monate lang Bundesbauminister. Anschließend leitete er nacheinander als Vorsitzender drei große Bundestagsausschüsse: von 1998 bis 2005 den Ausschuss für Ver-

kehr, Bau und Wohnungswesen, von 2005 bis 2009 den Finanzausschuss und seit November 2009 den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete **Michael Frieser** ist am Dienstag zum neuen Integrationsbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ernannt worden. Der 46-jährige Jurist aus Nürnberg folgt in dieser Aufgabe dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, **Stefan Müller**. Frieser sitzt als direkt gewählter Abgeordneter seit 2009 im Bundestag.

Termine

6. April 2010

Fachgespräch Nahost/Nordafrika

13. April 2010

Fachgespräch: Die Zukunft der Windenergie in Deutschland

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)

„Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

Email-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift